Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 67. **Freitag** den 8. März 1889. **83. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung, Schulneubau betr.

Die Maurer-, Steinmetz- und Zimmerarbeiten zum Schulneubau in Neustadt bei Leipzig sollen zur Submission gegen Vorbehalt der Rathswahl unter den Submittenten vergeben werden.

Formulare zu Kostenanschlägen sind gegen Erlegung der Copialien im hiesigen Gemeindeamte zu entnehmen, woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen ausliegen.

Die Kostenanschläge sind bis zum 16. d. M., Abends 6 Uhr, unter der Aufschrift „Schulneubau" verpiegelt im Gemeindeamte abzugeben.

Neustadt bei Leipzig, am 6. März 1889.

Der Gemeindevorstand.
Dietrich.

Die Abdankung König Milan's.

Die seit langer Zeit vorbereitete Katastrophe in Serbien ist nunmehr eingetreten. König Milan hat die Regierung niedergelegt und sein Sohn Alexander ist König von Serbien. Ihm zur Seite steht eine Regentschaft, deren Haupt Risitsch ist, neben diesem fungiren die Generale Protisch und Belimarkowitsch, jener als Ministerpräsident, dieser als Minister des Innern als Mitregenten. Nach Verlesung der Proclamation, welche die Abdankung ausspricht, legte Milan in Gegenwart der Minister, der sonstigen Würdenträger und des Officierscorps den Unterthaneneid in die Hände des Archimandriten ab und schuf dadurch eine neue unabänderliche Lage.

Es hat nicht an mannigfachen Anzeichen des nunmehr eingetretenen Ereignisses gefehlt, denn schon zur Zeit des serbisch-bulgarischen Krieges äußerte König Milan die Absicht, zurückzutreten. Damals lagen die Verhältnisse allerdings so ungünstig für Serbien, daß der Entschluß des Königs, abzudanken, nicht überraschen konnte. Serbien hatte eine Niederlage durch das viel kleinere und erst seit wenigen Jahren zu einer selbständigen Entwickelung gelangte Bulgarien erlitten, und die völlige Demüthigung war in Folge des Dazwischentretens Oesterreichs vermieden. Es kamen Streitigkeiten des Königs mit seiner Gemahlin dazu, welche Serbien in russische Bahnen leiten wollte, und diese Verhältnisse nahmen schließlich eine Gestalt an, welche das moralische Gleichgewicht des Königs störte und ihm das Leben verbitterte. Der Aufenthalt der Königin mit ihrem Sohne in Wiesbaden, die Bemühungen des königlichen Vaters, den Kronprinzen dem Einfluß seiner Mutter zu entziehen, die schließliche gewaltsame Trennung des Sohnes von derselben und die nachfolgende Scheidung scheinen auf das Gemüth König Milan's einen tiefen, unverwischbaren Eindruck gemacht zu haben. Aber nicht genug an diesen Aufregungen, es bestanden daneben fortdauernd ernste politische Schwierigkeiten; die Parteien im Lande waren in einem schweren, eine Verständigung ausschließenden Kampfe begriffen; kein Ministerium vermochte den Ansprüchen der Gegenparteien zu genügen. Da verfiel der König auf den bedenklichen Ausweg, die Verfassung in freiheitlichem Sinne zu ändern, um auf diese Weise eine Grundlage zu schaffen, auf welcher die feindlichen Parteien einmüthig neben einander wirken sollten. Die Verfassungsänderung kam zu Stande, sie wurde im ganzen Lande mit Begeisterung aufgenommen, aber das Wahlergebniß, welches den neuen Zustand bestätigen und bekräftigen sollte, entsprach den gehegten Erwartungen nicht; die Parteikämpfe traten unter anderer Form aufs Neue hervor, und König Milan sah sich vor neue Schwierigkeiten gestellt, denen sein angegriffener Gesundheitszustand und sein krankes Gemüth nicht gewachsen waren. Die längst in ihm vorhandene Neigung, den Sorgen einer dürdevollen Regierung den Rücken zu wenden, reifte zum Entschlusse, und alle Rathschläge, welche ihn davon zurückhalten wollten, ungeachtet, legte er die Krone zu Gunsten seines Sohnes nieder.

Die Hauptfrage, welche angesichts der neu geschaffenen Lage in Serbien auftaucht, ist die, ob sich in dem Verhältniß Serbiens zu Oesterreich jetzt eine Aenderung vollziehen wird oder nicht. Die naturgemäße Entwickelung Serbiens macht ihm den engen Anschluß an die österreichische Politik zur Pflicht; die geographische Lage, die historischen Ueberlieferungen weisen Serbien auf innige Beziehungen zu Oesterreich hin. Diese Politik braucht darum keineswegs eine feindliche Spitze gegen Rußland zu haben; was Serbien unbedingt nöthig hat, ist nur völlige Unabhängigkeit von der russischen Balkanpolitik und Aufrechthaltung seiner staatlichen Selbständigkeit. Oesterreich-Ungarn verfolgt auf der Balkanhalbinsel keine Eroberungspläne; die Uebernahme der Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina war ein unentbehrliches Zugeständniß Rußlands an Oesterreich-Ungarn, um diesem die Möglichkeit zu gewähren, gegen die russische Balkanpolitik einen Stützpunct zu gewinnen. Wenn Oesterreich im Einklang mit dieser durch den Berliner Frieden vom 13. Juli 1878 geschaffenen Grundlage die Aufrechthaltung der Selbständigkeit der Balkanstaaten als eine wichtige und unerläßliche Grundsäule seiner Orientpolitik erkannt hat, so ist das lediglich ein Ausfluß des Selbsterhaltungstriebes. Rußland kann dadurch niemals beunruhigt werden, so lange es sich in den durch die Verträge gezogenen Schranken hält; aber es ist ja leider bekannt, daß die panslawistische Begehrlichkeit stets bestrebt ist, die Balkanstaaten in Abhängigkeit von Rußland zu bringen, und daß der friedlich gesinnte Kaiser Alexander die größte Mühe hat, diesen Bestrebungen Zügel anzulegen. Nur das Bündniß Oesterreich-Ungarns mit Deutschland hat eine unüberschreitbare Schranke für die Begehrlichkeit der russischen Panslawisten aufgerichtet und hat einen Zustand geschaffen, der wenigstens äußerlich einen Schein von Unabhängigkeit der Balkanstaaten von russischen Einflüssen gewährt; im Innern geht die Entwickelung ihren Gang, welcher früher oder später zur Entscheidung gedeihen muß. Graf Csaky, der ungarische Unterrichtsminister, nannte neulich die Balkanhalbinsel eine mit Sprengstoffen gefüllte Mine, auf welche die österreichisch-ungarische Monarchie stets ihre Aufmerksamkeit gerichtet halten müsse. Diese Mine hat durch die Abdankung König Milan's an Explosionsgefahr zugenommen, und die schwankenden Zustände in Bulgarien bilden eine Ergänzung derselben, welche gleichfalls stets im Auge behalten werden muß. Man kann nicht sagen, daß die Zustände in Rumänien von Gesundheit zeugen; die Anklage gegen das Ministerium Bratianu und die Erschütterung des Ministeriums Rosetti-Carp beweisen, daß auch dort dauerhafte Zustände sich nicht befestigen wollen, und wenn die Blicke Rußlands auf diesem Wartthurm mit Wohlbehagen ruhen, so entspricht das nur den Ueberlieferungen, welche in Rußland seit zwei Jahrhunderten stets lebendig geblieben sind.

Die Abdankung König Milan's ist nicht als das Ergebniß eines freien Entschlusses anzusehen, sie ist vielmehr die Folge einer ganzen Reihe von Thatsachen, welche die Widerstandskraft des Königs allmälig gebrochen haben. Die Leitung des serbischen Staatswesens erfordert eine außergewöhnliche Kraft, gerade so wie die Bulgariens, Rumäniens und Griechenlands. Es sind übermächtige Einflüsse, gegen welche die Fürsten dieser Länder ankämpfen müssen; sie sind zwischen zwei rivalisirende Großmächte gestellt, von denen die eine die Balkanhalbinsel als das ihr zukommende Eigenthum in Anspruch nimmt, während die andere sich gegen die Besitzergreifung desselben aus Leibeskräften wehrt. Zwischen beiden streitenden Mächten steht die Türkei, welche mehr durch die Zähigkeit und Beharrlichkeit dem Drängen Rußlands gegenüber, als in der Eigenschaft einer thatsächlichen Macht ins Gewicht fällt. Die Abdankung König Milan's erinnert uns daran, daß es eine orientalische Frage giebt, während die friedlichen Bestrebungen des deutschen Reiches in den letzten Jahren wesentlich darauf gerichtet waren, das Bewußtsein des Daseins dieser Frage in den Hintergrund zu drängen. Die Friedenskarfreit des Dreibundes wird auch durch dieses neueste Zeugniß für das Dasein der orientalischen Frage nicht ins Stocken gerathen, aber es ist heilsam, daß zur Vermeidung allzu rosiger Anschauungen bezüglich des zukünftigen Ereignisses einmal ein Lebenszeichen von einer Seite gegeben wird, deren Bedeutung leicht unterschätzt wird.

* * *

* Ueber den Verlauf der Krisis wird uns noch telegraphisch gemeldet:

* Wien, 6. März. Das „Fremdenblatt" führt in einem längeren Artikel aus, daß kaum noch Zweifel darüber bestehen könnte, daß der König von Serbien sein Land für längere Zeit verlassen und Risitsch mit der Regentschaft über dasselbe betraut werde. Das Blatt constatirt, daß eine definitive Thronentsagung des Königs Milan sowohl in der österreichisch-ungarischen Monarchie als auch in anderen Staaten mit aufrichtigem Bedauern aufgenommen werden würde, da derselbe Serbien mit den Wohlthaten der Ordnung und Cultur vertraut gemacht und das Land dem großen internationalen Verkehr eröffnet habe. Mit der Verzichtung Milan's würde dem politischen Leben Serbiens ein gewaltiger Vorwurf entzogen werden, der schwer vermißt werden könnte. Risitsch, als Regent, werde in den Beziehungen Serbiens zu dem Auslande sicherlich nur von den Erwägungen der Nützlichkeit und Nothwendigkeit geleitet sein. Gute Beziehungen Serbiens zu Oesterreich-Ungarn bildeten ein so unverkennbares gegenseitiges Interesse, daß noch kein serbischer Staatsmann die Unerläßlichkeit derselben verkannt habe. Auch Risitsch habe sich durch wiederholte Erklärungen zu dieser Nothwendigkeit bekannt. Oesterreich-Ungarn hege den innigen Wunsch, die bevorstehenden Ereignisse in Serbien möchten in dem Wohl und Frieden des Landes ihren Abschluß finden. — Die „Neue Freie Presse" äußert sich ähnlich, indem dieselbe bemerkt, Risitsch sei allerdings der einzige zur Führung der Regentschaft befähigte Mann, allein hinter ihm stehe keine starke Partei und seine Leitung der Politik des Aeußern deute eine vorsichtige Beurtheilung, insbesondere von Seiten Oesterreich-Ungarns. Zu einer gefährlichen Schwenkung unter normalen Verhältnissen sei Risitsch zu klug; allein die Frage sei berechtigt, ob die Regierung von Oesterreich-Ungarn seiner Loyalität auch im Falle seiner Collision zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland vertrauen dürfe. König Milan thäte am besten, auf die Ausführungen seines heutigen Entschlusses, den er später wahrscheinlich bereuen dürfte, zu verzichten und im Interesse seines Sohnes auszuharren. Die „Presse" bemerkt: Risitsch wisse, daß das Land des inneren Friedens bedürfe und daß in den Balkanländern der innere Friede nur gewahrt bleibe, so lange jede fremde Agitation ferngehalten werde, welche das Land in eine abenteuerliche auswärtige Politik zu drängen suche. Er wisse also auch, daß nur ein Beharren in der bisherigen politischen Richtung Serbiens im Anschlusse an die Politik des Friedensbundes und am Festhalten an die durch den Berliner Vertrag geschaffenen Rechtsbestände die serbische Regierung für sich selbst die nöthige Stabilität, für das Land die Grundbedingungen der Wohlfahrt sichern könne.

Die „Vossische Zeitung" berichtet noch:

* Belgrad, 6. März. Der Rücktritt des Königs Milan nach einundzwanzigjähriger Herrschaft macht allerorts den tiefgreifendsten Eindruck. Heute Vormittag wohnte der König, in Begleitung des gesammten Hofstaates, einem feierlichen Tedeum in der Kathedrale bei und empfing hierauf Mittags, im Beisein des Ministerpräsidenten Nicola Christitsch und des Ministers des Aeußern, Mijatovitsch, sämmtliche fremden Gesandten, sowie die von Wien hier angelangten fremdländischen Militärattachés zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche aus Anlaß der Wiederkehr der Königsthronung. König Milan, der Generalsuniform trug, dankte herzlichst und sagte alsdann: „Meine Herren! Ich habe viel zu thun, ich möchte Ihnen nur mittheilen, daß ich abgedanken mich entschlossen habe. Das Manifest, welches erscheinen wird, dürfte Ihnen die Motive des Rücktritts klarlegen." Hierauf verabschiedete sich der König tiefbewegt von den betrübten Gesandten mit Händedruck und verfügte sich alsdann in den Nebensaal, wo die Mitglieder des Cabinets, die Staatsräthe, das gesammte Officiercorps und die Führer der Parteien, diejenigen der Fortschrittspartei ausgenommen, versammelt waren. Man erwartete dort nichts Außergewöhnliches, da nicht einmal alle Minister in die Vorgänge eingeweiht waren und die Abdankung nur Wenigen bekannt war. Die Versammlung war daher aufs Höchste überrascht, als der König, an dessen linker Seite der Kronprinz Alexander stand, mit zitternder Stimme den Ukas verlas, worin er seinen Entschluß, abzudanken, kundgab und seinen Sohn Alexander als König und Nachfolger proclamirte. König Milan trat hierauf in Fixirsuite auf den neuen Herrscher der Serben zu und die Versammlung stimmte begeistert vielmals ein. Nun verlas der König die Namen der drei Regenten, welche bis zur Volljährigkeit Alexander's das Staatsruder zu führen haben. König Alexander trat alsdann auf die rechte Seite seines Vaters, worauf dieser eine ergreifende Ansprache an ihn richtete. König Milan sagte ungefähr: „Nach habe ich das Recht, Dir Rathschläge zu geben. Ich hoffe, daß Du stets mit Deinem Volke zusammen arbeiten wirst, daß Du Deine Regierung stets aus den Besten des Volks wählst und brauchbarliche und ambitiöse Charaktere von Dir fernhältst. Ich wünsche, daß Du stets von guten Menschen umgeben seiest." Hierauf leistete König Milan als erster Unterthan den feierlichen Eid dem neuen König und gelobte ihm stete Treue. Alexander und Milan küßten sich bewegt. König Milan umarmte auch herzlich die Regenten und verabschiedete sich sodann von der tiefergriffenen Versammlung. Er behält Generalsrang in der serbischen Armee. Sowohl er als König Alexander werden heute Nachmittag eine Proclamation an das serbische Volk erlassen.

* Wien, 6. März. Man spricht davon, daß der nunmehrige König Alexander von Serbien demnächst mit der Königin Natalie zusammentreffen werde. Die Begegnung, zu welcher Risitsch bereits seine Zustimmung gegeben habe, solle auf ungarischem Boden stattfinden. König Milan gab die Absicht kund, nach Pest zu reisen, um daselbst eine Audienz beim Kaiser Franz Joseph nachzusuchen. Nach kurzem Aufenthalt in Pest reist Milan dann nach Abbazia, wo er mehrere Wochen Aufenthalt nimmt. Er reist unter dem Namen eines Grafen Takova und wird von keinem Hofstaate umgeben sein.

* Pest, 6. März. Allmälig kommen Einzelheiten über die Belgrader Ereignisse. Festgestellt ist zunächst, daß König Milan in der jüngsten Zeit neben vielen anderen Widerwärtigkeiten auch von der Furcht vor Angriffen auf sein Leben geplagt wurde, die angeblich durch Anhänger der Königin Natalie gegen ihn geplant worden sind. Dies ist jedoch höchstens die unmittelbare Veranlassung. Wichtiger ist die politische Lage, die so verfahren ist, daß es selbst für einen so findigen Kopf kaum möglich ist, herauszukommen. Daneben machte sich in sehr bedenklicher Weise die Finanzlage geltend. Es sollen über 20 Millionen Francs Steuerrückstände vorhanden sein; werden sie nicht eingetrieben, so ergiebt sich Verlegenheiten bevor; werden sie gewaltsam eingetrieben, so ergiebt sich ein Haß, den Milan nicht auf sich nehmen mag und lieber Risitsch überläßt. Der König scheint die Ansicht zu haben, daß sein Scheiden nur ein zeitweiliges sei und daß es ihm freiliche, nach Ordnung der Angelegenheiten wieder zurückkehren. Personen hingegen, welche Land und Leute kennen, sind der Meinung, daß, wenn der König außer Landes sei und Armee und Verwaltung anderen Händen übergeben habe, seine Rückkehr unmöglich sei. Man glaubt nicht, daß heute die maßgebenden Kreise Serbiens beabsichtigen, die Königin Natalie zurückzurufen; dagegen sei es nicht unmöglich, daß die Radicalen ihren Namen als Losungswort ausbeuten, um Risitsch Schwierigkeiten zu bereiten. Der Führer der Fortschrittspartei, Garaschanin, einst Oesterreichs bester Freund, agitirt ganz offen gegen die österreichische Herrschaft in Bosnien. Wenn unter solchen Umständen Rußland auch nicht direct hervortritt, so öffnet sich doch seinem Einfluß ein weites Gebiet. Ist Risitsch nicht gesinnt, zu pariren, so werden es Andere thun; haben sie nicht die Macht, das Bestehende umzustoßen, so werden sie doch Oesterreich zwingen, den Blick stets nach Serbien zu richten. Das Gefühl voller Sicherheit wird nicht so bald wieder aufkommen. Von Milan verlautet, er habe sich in neuerer Zeit Rußland genähert und der Zar habe ihn auch nicht abgewiesen, aber als erste Bedingung den Ausgleich mit der Königin Natalie verlangt, was Milan unmöglich ist. Die Ruhe, mit welcher die officiellen Kreise die Vorgänge betrachten, beweist sich darauf, daß sicherlich Niemand an Einmischung in die serbischen Angelegenheiten denkt und man sogar zur weitgehendsten Nachsicht bereit ist. In Verbindung mit der Lage in Bulgarien erscheint die Sicherheit des Orients wieder ziemlich problematisch. Von den Regenten wird berichtet, daß Protitsch ein persönlicher Gegner Natalienes ist und durch den König gerade mit Rücksicht darauf gewählt wurde.

Leipzig, 8. März.

* Se. Majestät der Kaiser wird der Trauerwoche wegen die Reise nach Danzig am 11. d. M. nicht unternehmen. Die Jubiläumsfeierlichkeit wird möglichst Weise deshalb bis zur Beendigung der Trauerwoche verschoben werden.

* Die Reichstagswahl in Celle-Gifhorn hat das folgende Ergebniß gehabt: Der nationalliberale Candidat, Otte, erhielt 8707, der welfische Candidat, v. d. Decken, 7930, ein Socialdemokrat 1757 und ein deutschfreisinniger Candidat 959 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen dem nationalliberalen und dem welfischen Candidaten statt. Nach dem Vorgang in Melle-Diepholz und der Haltung, welche auch jetzt wieder die fortschrittliche Presse einnimmt, erwarten wir nichts von den Deutschfreisinnigen; die Parole: Lieber welfisch als nationalliberal wird wohl auch jetzt wieder ausgegeben werden, und auch die Socialdemokraten werden natürlich dem welfischen Junker den Vorzug geben, so gut wie sie anderwärts Ultramontane wählen helfen. Die ultramontan-deutschfreisinnig-socialdemokratisch-welfische Cartelbruderschaft für die nächsten Wahlen kündigt sich ja immer sichtbarer an. Der Wahlkreis Celle war schon in den Jahren 1878—81 und 84—87 welfisch vertreten. Erst im Jahre 1887 gelang es den Nationalliberalen, das Mandat mit 13848 gegen 9022 welfische und 1058 socialdemokratische Stimmen zurückzuerobern. Die Betheiligung der nationalliberalen Wähler bei der soeben stattgehabten Wahl ist sonach eine bedauerlich lässige gewesen. Die Hoffnung auf einen günstigen Ausfall der Stichwahl kann nur noch auf der Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung der säumigen nationalliberalen Wähler beruhen.

* Wenn es den socialdemokratischen Agitatoren wirklich gelingen sollte, im kommenden Frühjahr Arbeitseinstellungen in großem Stil und Umfang ins Werk zu setzen, wie sie ankündigen, so wäre dies ein Unternehmen von unverantwortlicher Frevelität. In den meisten Industriezweigen kann gegenwärtig von einer Nothlage der Arbeiter nicht die Rede sein; die Löhne sind so auskömmlich, wie sie unter den heutigen Zeit- und Wettverhältnissen nur sein können. Aus der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter lassen sich umfassende Arbeitseinstellungen vermalen nicht rechtfertigen, und daraus wird man bis auf Weiteres auch noch die Hoffnung schöpfen dürfen, daß jene Ankündigungen leere Drohungen sind oder an der besseren Einsicht und dem wirthschaftlichen Sinn der Arbeiter selbst scheitern werden. Die Streiks der letzten Jahre sind in den meisten Fällen zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen oder haben, wenn sie auch einen kleinen Erfolg erzielten, so viel Noth und Zerrüttung in zahlreiche Arbeiterexistenzen gebracht, daß kleine Erfolge damit zu theuer erkauft waren. Wer ohne dringende Noth Arbeitseinstellungen hervorruft, lädt die allerschwerste Verantwortung auf sich, die man sich denken kann. Davor sind freilich die socialdemokratischen Agitatoren niemals zurückgeschreckt. Es sind Anzeichen genug vorhanden, daß gegenwärtig eine gesteigerte Thätigkeit durch die socialdemokratische Agitation geht, was auf die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Aussicht auf eine anderweite Regelung der Schutzvorschriften des Socialistengesetzes zurückzuführen sein dürfte, und allem Anscheine nach will man der politischen Aufreizung mit der Anstiftung von Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten zu Hilfe kommen. Wir können nur hoffen, daß die solideren und verständigeren Elemente in der Arbeiterwelt selbst Besonnenheit genug haben werden, solchen Aufreizungen zu widerstehen.

* Die „Oberschlesische Volks-Zeitung" veröffentlicht nachstehenden fürstbischöflichen Erlaß, betreffend die seelsorgerische Einwirkung auf Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Heimath verlassen, um auswärts Beschäftigung zu suchen.

„Der Mangel an lohnender Arbeit in der Heimathsgegend veranlaßt jährlich eine große Anzahl katholischer Oberschlesier beiderlei Geschlechts, in Niederschlesien, sowie in den Nachbarprovinzen und dem Königreich Sachsen während der Sommermonate Beschäftigung zu suchen. Leider wird bei der Wahl der Arbeitsgelegenheit in vielen Fällen weder darauf Rücksicht genommen, ob an dem betreffenden Orte die Erfüllung der kirchlichen Pflichten möglich ist, noch werden die nothwendigsten Schutzmaßregeln für das sittliche Wohl beansprucht oder ergriffen. Die höchst beklagenswerthen Folgen dieser Nachlässigkeit treffen namentlich in unserer Zeit Eltern und Gemeinden schwer. Wenn nun gegenwärtig Alles aufgeboten wird, dem Arbeiterstande Glauben und Sittlichkeit zu erhalten und diesen Loos in jeder Beziehung zu bessern, so muß auch den periodisch an bestimmten Orten sich zusammenfinden Arbeitern und Arbeiterinnen eine gleiche Fürsorge zu Theil werden. Und in der That giebt es Gegenden, wo die Arbeitgeber bei der Annahme der nothwendigen Arbeitskräfte sich nur der Vermittelung der Pfarrer oder Gemeindevorstände bedienen, sodann für ein angemessenes Wohnen mit Trennung der Geschlechter, sowie eine sorgfältige Ueberwachung des sittlichen Verhaltens Sorge tragen und auf ihre Kosten Gelegenheit verschaffen, dem Gottesdienste beizuwohnen. Sollten die Arbeitgeber unserer Provinz und der übrigen Landestheile nicht ein gleiches Interesse an dem sittlich-religiösen Verhalten der bei ihnen, wenn auch nur zeitweilig beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen? Die christliche Gesinnung derselben schließt einen Zweifel hieran aus. Die Quelle der hervorgetretenen Uebelstände muß daher anderwo zu suchen sein und sie dürfte vor Allem darin liegen, daß sich die Arbeitsuchenden bedingungslos von solchen Menschen anwerben lassen, welche auf das religiöse und sittliche Wohl derselben keine Rücksicht nehmen und daher diejenigen, welche sich ihnen anvertrauen, in Gegenden und Verhältnisse bringen, in denen ihre Religion und ihre Sittlichkeit gefährdet wird. Diesen beklagenswerthen Zuständen wird nur abgeholfen werden können, wenn beim Aufsuchen oder Annehmen einer Arbeitsgelegenheit zunächst der Pfarrer oder der Gemeinde-Vorstand in Rath genommen würde; wenn ferner dem Heimathspfarrer durch die Eltern oder Angehörigen rechtzeitig anzeigt wird, wo Arbeit gefunden worden ist, damit dieser seine Pfarrkinder dem der Arbeitsstelle nächsten katholischen Geistlichen empfehlen kann, namentlich aber wenn die Eltern darauf sehen, daß ihre Söhne und Töchter nicht ohne Schutz und Aufsicht in die Fremde ziehen. Ich habe damit nur die Ansichten und Wünsche meines hochwürdigen Klerus zum Ausdruck gebracht, der bemerkt es stets bereit ist, bei aller Ueberbürdung seinen Pfarrkindern auch noch dieses Opfer an Zeit und Mühe zu bringen, da es sich hier um nichts weniger als darum handelt, Seelen zu retten und gegen die sie in der Fremde umgebenden Gefahren zu schützen, und es gewiß nicht so sehr darauf ankommt, mit den Ersparnissen des Arbeitslohnes, sondern, was unendlich wichtiger ist, mit unverdorbenen Sitten und treubewahrter Tugend an den heimathlichen Herd zurückzukehren."

* * *

* Der ungarische Reichstagsabgeordnete Pazmandy hat in einem Begrüßungstelegramm an Boulanger die Hoffnung ausgesprochen, Letzterer werde Europa vom deutschen Joche befreien. Seine Wähler, im Comitate Eisenburg, sind größtentheils Deutsche; unter ihnen hat die muthwillige Beleidigung ihres Volksthums eine lebhafte Entrüstung hervorgerufen. Ein dortiges Blatt, die Oberwarther „Sonntagszeitung", schreibt darüber:

„Die deutsche Bevölkerung mag aus dem Telegramm ersehen, welchen aufrichtigen Freund sie an Herrn von Pazmandy hat, der es von einer Wahlperiode zur anderen nie verschmäht, die deutschen Bezirke des Eisenburger Comitates aufzusuchen und das deutsche Volk mit Zucker und Honig für seine Zwecke, nämlich zur Bekämpfung des deutschen Joches, zu ködern. Ist es keine Beleidigung für die deutsche Bevölkerung jener Bezirke, in welchen er um das Vertrauen des deutschen Volkes für sich und seine Partei wirbt, wenn er dann offen dem drückenden Gefühle Luft macht, Boulanger, der Todfeind von Frankreich, möge ihm helfen, das unerträgliche deutsche Joch abzuschütteln. Hat Herr von Pazmandy Ursache, über die deutsche Bevölkerung Ungarns zu klagen? Haben die Deutschen Ungarns nicht immer treu zum ungarischen Vaterlande gehalten, kann er ihnen Feindseligkeit gegen die Magyaren vorwerfen? Das Telegramm spricht laut und deutlich von jenem Wahlmotiv, das Herr von Pazmandy seinen deutschen Wählern entgegenbringt, indem er seinen Deutschenhaß sogar fremden Nationen gegenüber auf das Offenkundigste ausspricht, es wird genügen, der deutschen Bevölkerung des Eisenburger Comitates hier immer die Augen zu öffnen, und zu verhüten, daß die deutschen Gimpel solchen Volksfreunden in Zukunft auf den Leim gehen."

* Die großherzogliche Luxemburger Regierung hat dieser Tage einen officiellen Bericht aus Schloß Loo über den Zustand des Königs-Großherzogs erhalten, welcher jede weitere Hoffnung ausschließt. In Folge dessen hat sich, wie bereits gemeldet, der Vorstand der luxemburgischen Kammer bereits mit dem Ministerium über die Erfüllung der bei dem Thronwechsel erforderlichen Formalitäten ins Einvernehmen gesetzt. Ueber diese Formalitäten erhält die „Magdeburgische Zeitung" folgende Angaben: Für den Fall des Thronwechsels wird der Staatsminister Dr. Eyschen der Kammer hiervon Mittheilung machen und hinzufügen, daß nach dem luxemburgischen Thronfolgerecht die großherzogliche Krone auf die überlebende Linie des nassau-oranischen Hauses übergehe. Es wird sodann an das Haupt dieser Linie, den Herzog Adolf von Nassau, eine Abordnung abgesendet werden, welche den Herzog einladen wird, von dem erledigten Throne Besitz zu ergreifen. Erst wenn der Herzog die Krone annimmt, was natürlich im Vorhinein feststeht, wird die Proclamirung des neuen Großherzogs und die Bekanntgabe des Thronwechsels an die auswärtigen Regierungen erfolgen. In der Zwischenzeit wird die Kammer der Regierung die Ausübung der Regentschaft überlassen. — Im Juni d. J. feiert das Großherzogthum Luxemburg, welches durch den Londoner Vertrag von 1839 selbständig wurde, die Feier seiner fünfzigjährigen Unabhängigkeit.

* In der Hauptstadt Bulgariens hat die Heirath des Prinzen Alexander von Battenberg, wie der Correspondent der „Times" in Sofia meldet, einen peinlichen Eindruck gemacht. Viele Leute hatten die Regierung des Fürsten Ferdinand als ein dieses Interesses betrachtet und waren fest überzeugt, daß Prinz Alexander eines Tages zurückkehren würde. Aber selbst die Sanguinischsten geben jetzt zu, daß dieses unmöglich ist, und einige reden in ihrer Erbitterung schon davon, daß sie sich der russischen Partei anschließen wollen. Herr Natschewitsch, dessen Ernennung zum bulgarischen Agenten in Wien schon beschlossene Sache gewesen war und auch die Genehmigung der österreichischen Regierung gefunden hatte, will den Posten jetzt nicht annehmen, weil die Journale Stambulow's ihn geschmäht haben. Herr Natschewitsch hat beim Fürsten Ferdinand darüber Klage geführt und geäußert, daß er sein Land nicht würdig vertreten könne, wenn die Organe der Regierung ihn angriffen. Der Fürst bemühte sich, ihn zu besänftigen, und auch Stambulow drängte ihn, die Ernennung anzunehmen, Natschewitsch hat sich aber noch nicht beruhigt. Die Beziehungen zwischen dem Fürsten und seinem Premierminister bessern sich auch nicht. Vor einigen Tagen ersuchte der Fürst Herrn Stambulow, sein Cabinet umzuformen und einige Conservative und Radoslawisten in dasselbe aufzunehmen. Der Premierminister erwiderte, daß er keinen Grund dafür einsähe, da die letzten Ersatzwahlen sämmtlich zu Gunsten der Regierung ausgefallen wären. Der Fürst sagte darauf, daß viele Klagen bei ihm eingelaufen